

# Israels Kein-Staatenlösung und das Durchhaltevermögen Palästinas

**Palästinensische Souveränität kam für den Staat Israel noch nie in Frage, ebenso wenig wie gleiche Rechte in einem binationalen Staat**

Amal Ahmad, newarab.com, 12.03.24

Um den Angriff der Hamas am 7. Oktober und den anschließenden israelischen Angriff auf die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen zu verstehen, muss man die zugrunde liegenden historischen strategischen Interessen des israelischen Staates genau betrachten.

Da Israels Siedlungsbau kontinuierlich erfolgt und nicht von palästinensischen Aktionen abhängig ist, kann er nicht als taktische „Reaktion“ verstanden werden. Vielmehr muss er im Hinblick seines strategischen Wertes für das zionistische Projekt betrachtet werden.

In diesem Sinne spiegelt die anhaltende Krise sowohl die Ablehnung, als auch die Unhaltbarkeit der langjährigen israelischen Strategie einer „Kein-Staatenlösung“ für das palästinensische Volk wider. Um diese Strategie zu verstehen, ist es aufschlussreich, sich zunächst den wichtigsten Argumenten zuzuwenden, die erklären, warum frühere Friedensverträge, insbesondere die Osloer Abkommen, nicht zu einer Lösung geführt haben.

Das von den USA vermittelte Abkommen von 1993 sollte zu einem souveränen palästinensischen Staat innerhalb von fünf Jahren führen, wobei sich Israel aus den besetzten Gebieten zurückziehen und die Palästinenser im Gegenzug die israelischen Sicherheitsanforderungen erfüllen mussten – auch bekannt als das Konzept „Land gegen Frieden“.

Da die Abkommen nur aus eigenem Engagement erfolgreich sein konnten, bestand die wichtigste Voraussetzung darin, dass der Staat Israel und die Palästinenser ein strategisches Interesse am Rückzug bzw. an der Erfüllung der Sicherheitsbedingungen hatten. Der Staat Israel ging davon aus, dass die verbesserten Sicherheitsbeziehungen zur palästinensischen Bevölkerung den Rückzug wertvoller machten als eine unbefristete Besetzung und Besiedlung.

Das Scheitern der Verhandlungen über Land-für-Frieden bedeutet, dass zumindest eines der strategischen Interessen einer Partei nicht mit diesem Konzept übereinstimmt, und im Westen ist die Vorstellung weit verbreitet, dass die palästinensischen Interessen mit Land-für-Frieden unvereinbar sind.

Die Argumentation lautet, dass der Konflikt wegen der palästinensischen Gewalt fortbesteht und dass der Staat Israel ansonsten an einem Rückzug interessiert wäre. Dieses Narrativ erklärt nicht, warum die Palästinenser Gewalt anwenden, wenn ein Staat in Aussicht steht, obwohl sie noch fünf Jahre nach dem Abkommen darum kämpften, ihre Souveränität zu erlangen, und es in dieser Zeit nur wenige militante Aktionen gab. Es erklärt auch nicht, warum die Palästinenser in der besetzten Westbank, wo die militante Bewegung weitgehend unterdrückt wird, nur eine Verschlechterung der Aussichten auf Souveränität und eine rasche Expansion der israelischen Siedler, aber keinen Rückzug erlebt haben.

Um die strategischen Prioritäten Israels ernsthaft zu bewerten, reicht es nicht aus, auf unverbindliche Rückzugsverträge zu verweisen. Im Gegensatz dazu sind die andauernden Anstrengungen des Staates Israel um den Bau von teuren und schwer zu räumenden völkerrechtswidrigen Siedlungen ein glaubwürdiger Indikator dafür, wo die Interessen des zionistischen Nationalprojekts liegen.

Das israelische Siedlungsprojekt, das 1948 in der Gründung des Staates Israels gipfelte, wurde in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten fortgesetzt. Der Staat Israel begann sofort mit dem Abriss 1 palästinensischer Häuser und dem Aufbau jüdischer Siedlungen, und der *Allon-Plan* 2 sah die Schaffung separater, nicht zusammenhängender Enklaven für Palästinenser:innen vor, während die übrigen Gebiete annektiert werden sollten. Bis 1978 hatte die Regierung 2,3% ihres BIP für den Siedlungsbau ausgegeben und förderte den Zustrom jüdischer Siedler:innen durch finanzielle Unterstützung.

Während dieser Zeit waren sich die israelischen Führer verschiedener Fraktionen einig, dass die Expansion der Siedlungen und nicht der Rückzug eine nationale strategische Priorität darstellt. Yitzhak Rabin, Ministerpräsident in den 1970er Jahren und später wieder während der Osloer Abkommen, erklärte, dass die Siedlungen die Sicherheit des Staates Israel erhöhten und, dass es zwingend notwendig sei, sie zu „erneuern“ und zu „erweitern“<sup>3</sup>. Der spätere Premierminister Ariel Sharon, legte Pläne für eine massive Ausweitung der Siedlungsgürtel vor, die ausdrücklich darauf abzielten, Fakten zu schaffen, um einen künftigen Abzug und einen palästinensischen Staat zu verhindern.

Als Israel 1993 das Osloer Abkommen unterzeichnete, weigerte es sich, einen klaren Plan für den Rückzug aus den Siedlungen festzulegen, und Rabin erklärte intern offen, dass der Staat Israel „eine palästinensische Entität will, die weniger als ein Staat ist“, dass es „nicht zu den Grenzen von 1967 zurückkehren wird“ und dass es weitere Siedlungen bauen wird.

Von 1993 bis 1996 hatte der Staat Israel – anstatt auch nur eine einzige Siedlung abzubauen – die Zahl der Siedler von 250.000 auf 305.000 erhöht.

Seitdem hat der Staat Israel unter dem Deckmantel eines sich hinziehenden Friedensprozesses den Siedlungsausbau unaufhörlich fortgesetzt. 850.000 jüdische Israelis besiedeln heute 40% der besetzten Gebiete. In Gaza war die Evakuierung von 8.000 Siedler:innen im Jahr 2005 weder Teil eines allgemeinen Rückzugs aus dem Expansionsprojekt, noch eines Endes der Besatzung, da sie von einer anhaltenden Militärblockade begleitet wurde, die die israelische Kontrolle über die Grenzen, den Luftraum und die Gewässer des Gazastreifens verschärfte.

Durch die kontinuierliche Ansiedlung jüdischer Israelis in den besetzten palästinensischen Gebieten und den damit verbundenen Verlust einer geografischen Einheit, die zu einem palästinensischen Staat werden könnte, sowie durch den Ausschluss der gleichen Staatsbürgerrechte für die ausgegrenzten Palästinenser:innen unter seiner Kontrolle, verfolgt der Staat Israel seit langem eine staatsfreie Lösung für die besetzte Bevölkerung.

Eine palästinensische Souveränität, die nur durch die Räumung von Siedlungen und die Aufgabe der israelischen Kontrolle über die Grenzen entstehen kann, stand immer außer Frage, ebenso wie die Gleichberechtigung in einem binationalen Staat. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den israelischen Entscheidungsträgern konzentrierten sich stattdessen auf die Frage, ob und in welcher Form eine begrenzte palästinensische Selbstverwaltung dieser abgegrenzten Enklaven wünschenswert ist.

## **Oberste strategische Priorität und „Frieden für Frieden“**

Da der israelische Siedlungsbau – und damit auch die Kein-Staatenlösung für die Palästinenser – kontinuierlich erfolgt und nicht von palästinensischen Aktionen abhängig ist, kann er nicht als taktische „Reaktion“ verstanden werden. Vielmehr muss er im Lichte seines strategischen Wertes für das zionistische Projekt betrachtet werden.

Die Achillesferse des Friedensprozesses war die Annahme, dass der Staat Israel die palästinensische Staatlichkeit als notwendig für seine Sicherheit ansieht, so dass die Vorteile eines Rückzugs das israelische Interesse an Expansion überwiegen würden.

**Israels Verbündete sollten verstehen, dass ihr vertrauter Verbündeter auch nach 75 Jahren Handlungsfreiheit und militärischer Macht darin versagt hat, dass das palästinensische „Problem“ ohne eine gerechte politische Lösung bewältigt werden kann**

Aus israelischer Sicht war der Staat Israel bis zum 7. Oktober in der Lage, seine Expansionspolitik fortzusetzen und gleichzeitig die Sicherheit innerhalb der Grenzen im Griff zu behalten. Dies geschah zum Teil durch die „Sicherheits“-zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, vor allem aber durch massive Vergeltungsangriffe auf Bevölkerungszentren, aus denen Kämpfer kommen.

Die Vorstellung, dass eine asymmetrische Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung abschreckend wirkt – kodifiziert in der *Dahiya-Doktrin* der israelischen Streitkräfte – bedeutet, dass der Staat Israel keine besetzten Gebiete oder Rechte an die palästinensische Bevölkerung abtreten muss, um sicher zu sein.

Für den Staat Israel hat die Kein-Staatenlösung nicht nur die physische Sicherheit nicht so gefährdet, dass sie einen Rückzug erforderlich machen würde, sie hat wahrscheinlich auch zu einer noch heimtückischeren Art der demografischen Sicherheit beigetragen.

Ein palästinensischer Staat würde die Zahl der nichtjüdischen Bevölkerung in den direkt vom Staat Israel kontrollierten Gebieten verringern, aber nicht unbedingt dazu beitragen, das System der Privilegien für Juden gegenüber Nichtjuden im Staat Israel aufrechtzuerhalten, das ein wesentlicher Bestandteil des zionistischen Projekts ist.

Es ist unwahrscheinlich, dass Palästinenser:innen im Staat Israel und Flüchtlinge, die im Ausland leben, die Umsiedlung in einen Staat in den besetzten Gebieten akzeptieren würden; sie könnten sogar bestärkt sein, gleiche Staatsbürgerrechte und die Rückkehr in ihre Heimat zu fordern, wenn ein solcher Staat entstehen sollte. So können die Privilegien für Juden in Israel nicht garantiert werden und das palästinensische „Problem“ für Israel hätte keine andere Lösung als eine dauerhafte Eindämmung.

**Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Israel als Besatzungsmacht konsequent nicht zwei Staaten anstrebt, die durch Rückzug und Land für Frieden verwirklicht werden, sondern keinen Staat (für die Palästinenser:innen) was mit Siedlungsausbau und „Frieden für Frieden“ durchgesetzt wird. Bei letzterem werden den Palästinenser:innen – trotz des harmlosen Namens – weder ein Rückzug, noch gleiche Rechte als Gegenleistung für Israels Frieden angeboten, sondern vielmehr ein „Frieden“, der darauf beruht vor massiven israelischen Bombenangriffen (und jetzt auch von Hungerkampagnen) verschont zu werden.**

Diese Bedrohung durch massive asymmetrische Angriffe auf die Zivilbevölkerung dient dazu, die „Sicherheit“ des Staates Israel zu gewährleisten, in einem Zustand, indem er seine Besatzung und sein Privilegiensystem aufrechterhält und die „niedrigere Intensität“ der alltäglichen Gewalt der Besatzung und Segregation gegen die Palästinenser:innen anwendet.

### **Eine untragbare Strategie**

In diesem Zusammenhang kann der Angriff vom 7. Oktober als gewaltsame Strategie verstanden werden, die die Kein-Staat-Strategie und Frieden-für-Frieden-Doktrin des Staates Israel im vielleicht größten Ausmaß seit 1948 in Frage stellt, vor dem Hintergrund, dass sich die bisherigen Verhandlungen – basierend auf Land-für-Frieden – als ungeeignet für eine solche Herausforderung erwiesen haben.

**Der Angriff machte auf schreckliche Weise deutlich, dass die Drohung und die Anwendung der israelischen Militärmacht möglicherweise nicht mehr ausreichen, um den Staat Israel zu sichern, solange der Staat nicht bereit ist, eine politische Lösung zu ermöglichen, da die „Keinstaat-Lösung“ für die Palästinenser:innen nicht akzeptabel ist.**

Da eines der mutmaßlichen Ziele des Angriffs darin bestand, die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Staat Israel und Saudi-Arabien zu stoppen, sollte er signalisieren, dass ein Abweichen von den Forderungen der Palästinenser:innen, weder für den Staat Israel noch für die Region eine Garantie für Frieden ist.

Auf israelischer Seite wurde der Angriff als strategische Bedrohung ersten Ranges angesehen, weil der 7. Oktober die Grundannahme des Staates in Frage stellte, dass er die Palästinenser:innen auf Dauer unter Kontrolle halten kann, ohne seine eigene Sicherheit zu gefährden.

Die beispiellosen Vergeltungsmaßnahmen des Staates Israel gegen die palästinensische Zivilbevölkerung sind ein brutaler Versuch, die herrschende Sicherheitsdoktrin wieder herzustellen. Da der 7. Oktober gezeigt hat, dass israelische Bombenangriffe auf Bevölkerungszentren (wie 2008, 2014 und 2021 auf den Gazastreifen) wohl nicht ausreichen, um den Widerstand gegen die israelische Strategie abzuschrecken, hält der Staat Israel nun auch die „Beseitigung der Hamas“ für notwendig und das, obwohl es immer unwahrscheinlicher wird, dass der Ausschluss der Hamas, selbst mit massiver militärischer Unterstützung der USA, möglich ist.

Wenn Israel sich weigert, die politischen Wurzeln des 7. Oktober – den palästinensischen Widerstand gegen die israelische Kein-Staatenlösung – einzugestehen und sich damit auseinanderzusetzen, dann wird es auf weitere israelische Kriegsverbrechen hinauslaufen, die ethnische Säuberungen und die Vernichtung palästinensischer Gemeinschaften beinhalten, während das palästinensische Durchhaltevermögen und der Widerstand ohne ein Ende der Unterdrückung auf lange Sicht wohl kaum aufhören werden.

Die Verbündeten des Staates Israel sollten verstehen, dass ihr Alliiertes, dem sie vertrauen, auch nach 75 Jahren Handlungsfreiheit und militärischer Gewalt darin versagt hat, das palästinensische „Problem“ ohne eine gerechte politische Lösung zu managen und sollten erkennen, dass das Beharren auf Privilegien unter den von ihm kontrollierten Bevölkerungsgruppen ein Rezept für weiteres Unheil ist.

*Amal Ahmad ist palästinensische Wirtschaftswissenschaftlerin, die in den Niederlanden ansässig ist. Sie ist Mitglied von Al-Shabaka, einer unabhängigen palästinensischen Denkfabrik.*

<https://www.newarab.com/analysis/israels-no-state-solution-and-endurance-palestine>

1. <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-205221/>
2. [https://content.ecf.org.il/files/M00122\\_TheAllonPlan-EnglishText\\_o.pdf](https://content.ecf.org.il/files/M00122_TheAllonPlan-EnglishText_o.pdf)
3. <https://www.jewishvirtuallibrary.org/pm-rabin-speech-to-knesset-on-ratification-of-oslo-peace-accords>

(Innerhalb des Originalartikels gibt es weitere Links)

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de